

Niederschrift

über die 5 Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 27.10.2010, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

- 1 . Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2 . Bericht über erteilte Auftragsvergaben
Aufstellung über Auftragsvergaben nach § 11 Abs. 4 Buchstabe j) i.V.m. § 11 Abs. 5 der Zuständigkeitsordnung vom 16.12.1999
Vorlage: 259/2010
- 3 . Änderung der Satzung der Stadt Geilenkirchen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
Vorlage: 257/2010
- 4 . Einrichtung eines Bürgerbüros im Rathaus
Vorlage: 273/2010
- 5 . Verschiedenes

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Bürgermeister Thomas Fiedler

Stellvertretende/r Vorsitzende/r

2. Uwe Eggert

Mitglieder

3. Nikolaus Bales
4. Franz Beemelmanns
5. Hans-Jürgen Benden
6. Toska Frohn
7. Johann Graf Vertretung für Herrn Christian Kravanja
8. Horst-Eberhard Hoffmann
9. Rainer Jansen Vertretung für Herrn Dipl.-Ing. Harald Volles
10. Gabriele Kals-Deußen
11. Michael Kappes
12. Heinz Kohnen
13. Leonhard Kuhn
14. Uwe Neudeck

15. Manfred Schumacher Vertretung für Herrn Wilhelm Josef Wolff
16. Manfred Solenski
17. Kurt Sybertz Vertretung für Herrn Dr. Joachim Möhring
18. Raimund Tartler Vertretung für Herrn Hans-Josef Paulus
19. Marlis Tings

von der Verwaltung

20. Beigeordneter Herbert Brunen
21. Heinrich Gemünd
22. Beigeordneter Hans Hausmann
23. Alexander Jansen
24. Friedhelm Kamps
25. Franz Willems

Protokollführer

26. Tina Offermanns

Mitglieder

27. Christian Kravanja
28. Dr. Joachim Möhring
29. Hans-Josef Paulus
30. Dipl.-Ing. Harald Volles
31. Wilhelm Josef Wolff

Es fehlten:

32. Herbert Brandt

Bürgermeister Fiedler eröffnete um 18:00 Uhr die 5. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Er begrüßte die Ausschussmitglieder und teilte mit, welche Mitglieder entschuldigt und welche Vertreter anwesend seien. Er stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Einwendungen gegen die letzte Niederschrift oder Anträge auf Abänderung der Tagesordnung gab es nicht.

TOP 1 Mitteilungen des Bürgermeisters

- a) Bürgermeister Fiedler teilte mit, dass die Bezirksregierung die Maßnahme „Ausbau der Bischof-Pooten-Straße in Teveren“ zunächst für das Jahr 2012 in das Förderprogramm aufgenommen habe. Es sei jedoch erreicht worden, dass diese Maßnahme bereits in 2011 gefördert werde. Zudem hätten sich die Vertreter des Ministeriums und der Bezirksregierung erfreut über die weiterentwickelte Planung zur Beseitigung des Bahnübergangs Konrad-Adenauer-Straße gezeigt und ihre Unterstützung bei der Realisierung des Vorhabens zugesagt. Bislang sei diese Maßnahme im sogenannten Anhang des Förderprogramms gewesen. Es sei jedoch erreicht worden, dass die Beseitigung des Bahnübergangs mit dem Beginnjahr 2014 eingeplant werde.

- b) Eine weitere positive Mitteilung sei eine aktuelle Meldung der Agentur für Arbeit, die ihn heute erreicht habe und die er dem Ausschuss nicht vorenthalten wolle, auch wenn er damit der morgigen Ausschusssitzung ein wenig vorgreife:

In der Teilregion Geilenkirchen des Agenturbezirks Aachen habe sich das Angebot an Ausbildungsplätzen gegenüber dem Vorjahr um 19,5 % erhöht. Damit lege Geilenkirchen die dritthöchste Erhöhungsrage in der Region Aachen vor. Der abschließende Appell der Leiterin der Agentur, Frau Gabriele Hilger, sich trotz dieser erfreulichen Zahlen unbeirrt für die Vermittlung von schwerer zu vermittelnden Jugendlichen einzusetzen, bleibe auch in Geilenkirchen nicht ungehört. So werde sich die Wirtschaftsförderung zusammen mit der Kreishandwerkerschaft und 16 als „Paten“ geworbenen erfahrenen Persönlichkeiten in einem Patenschaftsprogramm um die Vermittlung und Betreuung solcher Jugendlicher aus Geilenkirchen kümmern.

**TOP 2 Bericht über erteilte Auftragsvergaben
Aufstellung über Auftragsvergaben nach § 11 Abs. 4 Buchstabe j)
i.V.m. § 11 Abs. 5 der Zuständigkeitsordnung vom 16.12.1999
Vorlage: 259/2010**

Stadtverordneter Hoffmann erkundigte sich, wo die Buswartehallen aufgestellt würden. Des Weiteren stellte er fest, dass die Absperrgitter nun insgesamt fast 32.000 € gekostet hätten. Er fragte nach, ob die Kosten gefördert würden.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass die Wartehallen wie folgt aufgestellt würden:

- an der Jülicher Straße gegenüber des Eingangs zum Flußviertel
- am Loherhof
- in der Lilienthalallee (Flugplatzsiedlung)

Auf die zweite Frage erwiderte I. Stadtbeigeordneter Hausmann, dass die Absperrgitter förderfähig seien, wobei der zuvor geplante Kostenrahmen für die Gesamtmaßnahme überschritten werde.

**TOP 3 Änderung der Satzung der Stadt Geilenkirchen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
Vorlage: 257/2010**

Stadtverordneter Hoffmann lobte die Vorlage und die übersichtliche Gegenüberstellung der bisherigen Regelungen und der neuen Vorschläge. Die guten Vorsätze in Bezug auf den Winterdienst würden seines Erachtens durch die Regelungen für den Sommer konterkariert. Die Sommerregelung könne nicht in Gänze übernommen werden. Im vergangenen Winter habe der Winterdienst der Stadt nicht in der Schiller- oder Blumenstraße stattgefunden, obwohl diese Straßen für den städtischen Winterdienst benannt wurden und entsprechende Kosten abgerechnet worden seien. Dies könne er nicht nachvollziehen.

Stadtverordneter Graf meinte auch, dass in dem Straßenverzeichnis Straßen für den Winterdienst aufgeführt würden, in denen im vergangenen Winter überhaupt kein Dienst stattgefunden habe. Beispiele seien hier die Schillerstraße oder „Auf der Weide“. Sicherlich sei auch anhand der Streuprotokolle nachvollziehbar, in welcher Straße Winterdienst stattgefunden habe und in welcher nicht. Die Straßen, in denen kein Winterdienst vorgenommen worden sei, könnten seines Erachtens von der Liste gestrichen werden.

Stadtverordneter Kohnen schloss sich der Aussage des Stadtverordneten Hoffmann an. Er sei verwundert, dass die Reinigung des Stadtgebietes durch den städtischen Winterdienst fast komplett rausgenommen worden sei. So würden stark befahrene Straßen wie der Dohlenweg oder Drosselweg nicht durch den Winterdienst geräumt. In diesen Straßen seien aber bspw. viele Parkgaragen vorhanden, deren Eigentümer sicherlich keinen Räumdienst vornehmen würden.

Stadtverordneter Sybertz bat darum, darauf zu achten, dass städtische Liegenschaften wie der Dorfplatz in Grotenrath oder der Friedhof seitens der Stadt gereinigt würden. In der Vergangenheit sei dies nicht immer der Fall gewesen.

Bürgermeister Fiedler warf ein, dass ein Kriterium für die Einplanung des städtischen Winterdienstes die Befahrbarkeit der Straßen sei. Stark zugeparkte Straßen könnten bspw. schlecht mit Räumfahrzeugen befahren werden. Der Mitarbeiter der Kämmererei, Herr Kamps, habe sich intensiv mit der vorgeschlagenen Satzung befasst und könne sicherlich weitergehende Ausführungen machen.

Herr Kamps führte aus, dass er in den vergangenen Tagen die Streubücher des vergangenen und vorletzten Winterdienstes ausgewertet habe. Durch Zufall erinnere er sich daran, dass die Schillerstraße in beiden vergangenen Wintern in den Streubüchern aufgeführt wurde, wobei der Winterdienst aufgrund der Streusalzknappheit auch nur eingeschränkt wahrgenommen worden sei. Gerade in Straßen mit großer Bebauung oder Wohnhäusern müsse eine Leistung seitens der Stadt erbracht werden. Das gleiche gelte für Flächen vor städtischen Objekten oder Liegenschaften. Hier werde die Stadt ihrer Pflicht natürlich nachkommen. Die Sommerreinigung sei hingegen auf die Anwohner übertragen worden. Hier sehe die Stadt auch keine Probleme für ältere Menschen. Wichtiger seien für diesen Personenkreis Schnee- und Eisfreiheit.

Stadtverordneter Kohnen erklärte, dass er diesen Ausführungen nicht zustimmen könne. Natürlich werde in Dörfern eventuell mehr als im Stadtgebiet gekehrt. In der Stadt bestehe natürlich das Problem parkender Autos. Aber das würde mit der Folge einhergehen, dass nie mehr gekehrt werden könne.

Stadtverordneter Kuhn fragte, in welcher Form die neuen Regelungen den Bürgerinnen und Bürgern sinnvoll mitgeteilt werden könnten. Die Leute seien sicherlich verunsichert. Darüber hinaus müsse überlegt werden, wie eine Räumung der Straßen vor den Mittags/Nachmittagsstunden ermöglicht werde. Eventuell könne die Stadt an besonders wichtigen Stellen Streuboxen aufstellen. Darüber hinaus hätte er für sinnvoll gehalten, wenn vor Erstellung des Straßenverzeichnisses Rücksprache mit den Ortsvorstehern gehalten worden wäre. Auf diese Weise hätten Besonderheiten in den einzelnen Ortschaften mitgeteilt werden können. Vielleicht könnte dies zukünftig beachtet werden.

Stadtverordnete Tings bat darum, die Königsberger und Danziger Straße in die städtische Reinigung mit aufzunehmen. Beide Straßen würden häufig von Schulkindern benutzt und es seien nicht so viele Anlieger vorhanden, die den Räumdienst übernehmen könnten. Darüber hinaus solle der Winterdienst in der Breslauer Straße rausgenommen werden.

Bürgermeister Fiedler teilte mit, dass die Benachrichtigung der Bevölkerung auf geeignetem Weg bspw. über Flyer, Mitteilungen im Internet etc. vorgenommen werde. Eklatante Stellen, wie bspw. die Einmündung zum Tripser Wäldchen, seien ohnehin in den Winterdienst integriert. Die Einrichtung von Streuboxen sei an diesen Stellen also nicht notwendig. Seinen Sommerurlaub habe er in einer mit Geilenkirchen vergleichbaren Stadt im Allgäu verbracht. Sein Vermieter habe beim Bauhof der Gemeinde gearbeitet und auf Nachfrage erzählt, dass auch mit 24 Räumfahrzeugen nicht das gesamte Gemeindegebiet geräumt werden könne. Auch dort werde bis in die Mittagsstunden geräumt. Insgesamt müsse auch in Geilenkirchen beachtet werden, dass das öffentliche Interesse am städtischen Winterdienst gegeben sein müsse. Die Einbeziehung der Ortsvorsteher sei ein guter Vorschlag und könne sicherlich in den kommenden Jahren beachtet werden.

Stadtverordneter Benden warf ein, dass es immer zwei Seiten gebe und manche Leute den Winterdienst befürworten oder ablehnen würden. Bei vielen älteren Leuten seien die Gehwege immer geräumt und sauber. Natürlich gebe es aber auch ältere Menschen, Familien mit Kindern oder Berufstätige, die ihren Räumpflichten nicht direkt nachkommen könnten. In seiner Nachbarschaft habe es noch nie Probleme gegeben. Im vergangenen Winter habe er den Bauhof zwecks Räumung der Rheinstraße angerufen; seiner Bitte sei auch unmittelbar entsprochen worden. Grundsätzlich schlage er vor, den vorgelegten Plan in dieser Form zu verabschieden und mitzuverfolgen, wie die Umsetzung laufe. Änderungen könnten noch immer vorgenommen werden.

Bürgermeister Fiedler stimmte zu und ergänzte, dass in den Niederlanden bspw. alle neu erlassenen Gesetze nach zwei Jahren überprüft und bei Bedarf modifiziert würden.

Auf Nachfrage der Stadtverordneten Kals-Deußen antwortete I. Stadtbeigeordneter Hausmann, dass auch innerhalb der Ortslagen Eigentümer von nichtbebauten Grundstücken oder Feldern ihrer Räumverpflichtung nachkommen müssten.

Stadtverordneter Graf wiederholte, dass der Stadtverordnete Kravanja angegeben habe, dass die Schillerstraße entgegen der eben gemachten Angabe im vergangenen Winter nicht von der Stadt geräumt worden sei. Papier sei bekanntermaßen geduldig.

Bürgermeister Fiedler erwiderte, dass das Empfinden von Bürgerinnen und Bürgern über den städtischen Winterdienst meist äußerst subjektiv sei und vielleicht von den tatsächlich erfolgten Maßnahmen abweiche.

Stadtverordneter Kohnen teilte mit, dass er dem Satzungsentwurf nicht zustimmen werde, da der Kehrdienst im Sommer zum größten Teil abgeschafft werde.

Auf einen Beitrag des Stadtverordneten Kappes meinte Bürgermeister Fiedler, dass eine Abstimmung der Anwohner über den Winterdienst von Straße zu Straße nicht praktikabel sei, da viele Anwohner unterschiedlicher Meinung wären und sich nicht auf eine Variante einigen könnten.

Stadtverordneter Hoffmann fragte nach, warum im Sommer auf den Kehrdienst der Stadt verzichtet werde.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass am Straßenrand parkende Autos die Hauptursache für diese Regelung seien. Hier könne keine Kehrmachine eingesetzt werden, so dass die Anlieger selber kehren müssten. Für diese seien parkende Autos kein Problem, da die Straßenrinne auch mit einem Besen gereinigt werden könne.

Stadtverordneter Jansen beantragte die Abstimmung über den Punkt, da die vorgeschlagene Planung vernünftig sei. Im Zweifel könne man einem privaten Anbieter die Räum- und Kehrplichten gegen Entgelt übertragen.

Stadtverordneter Benden stellte fest, dass seine Fraktion die vorgestellte Planung unterstützen werde.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss schlug dem Rat mit 15 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich vor, dem Satzungsentwurf in der vorgelegten Fassung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	3
Enthaltung:	1

TOP 4 Einrichtung eines Bürgerbüros im Rathaus Vorlage: 273/2010

Bürgermeister Fiedler bemerkte angesichts des Ausgangs der gestrigen Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses, dass der Rat am 30.06.2010 mit 22 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen gegen den Antrag der CDU auf Ablehnung des Bürgerbüros gestimmt habe. Die CDU habe ihren Antrag mit den zu hohen Kosten begründet. Das Abstimmungsergebnis müsse als mehrheitliche Zustimmung zur Einrichtung eines Bürgerbüros gewertet werden. Angesichts der drohenden Haushaltslage habe die Verwaltung eine reduzierte Fassung der baulichen Maßnahmen zur Beratung im gestrigen Umwelt- und Bauausschuss vorgelegt. Der Ausschussvorsitzende Herr Conrads habe auf Absetzung des TOP's bestanden, weil zunächst eine grundsätzliche Entscheidung für das Bürgerbüro zu treffen sei. Sein Standpunkt sei ihm gestern Abend durch eine Abstimmung bestätigt worden.

Er stelle jedoch fest, dass eine grundsätzliche Entscheidung für das Bürgerbüro bereits am 30.06.2010 gefallen sei. Zur Debatte könne heute deshalb nur stehen, ob der Ausschuss dem Rat empfehle, dem Vorschlag der Verwaltung auf Verwirklichung eines in den Kosten erheblich geminderten Bürgerbüros zuzustimmen. Die grundsätzliche Befürwortung des Bürgerbüros sei also bereits am 30.06.2010 erfolgt. Die Verwaltung habe sich, wie am 30.06. dargestellt, inzwischen auch um die organisatorischen Voraussetzungen für die Einrichtung eines solchen Büros gekümmert. Sie werde im Lichte der Entscheidung vom 30.06. weiter an diesen organisatorischen Vorbereitungen arbeiten. Dazu gehören insbesondere die personalentwicklerischen Aspekte und die informationstechnologische Unterstützung, welche im übrigen die gesamte Verwaltung betreffen werde.

Stadtverordneter Benden erläuterte, dass die Ausführungen des Bürgermeisters richtig seien. Ergänzend stellte er fest, dass seine Fraktion schon damals auf eine erhebliche Kostenreduzierung gepocht habe. Dankenswerterweise sei die Verwaltung diesem Wunsch nachgekommen und habe für die Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses eine kostengünstigere Alternative ausgearbeitet. Diese Sitzung sei jedoch aufgrund des Verhaltens des Vorsitzenden, Herrn Stadtverordneten Conrads, ein Possenspiel gewesen. Der Ausschussvorsitzende habe – wider besseren Wissens – verkündet, den Tagesordnungspunkt zum Bürgerbüro von der Tagesordnung zu streichen. Er habe eigenmächtig entgegen der Vorschriften der Gemeindeordnung NW gehandelt; wenige Tage zuvor habe er die Einladung zur Sitzung selber unterschrieben. Der Verweis auf die Entscheidung des Rates am 30.06. sei ganz klar in der Vorlage erwähnt worden. Was gestern passiert sei, sei unsäglich. Darüber hinaus kritisierte er das Verhalten der Verwaltung, die nicht eingeschritten sei. Auch das Abstimmungsverhalten der CDU-Fraktion könne er nicht verstehen. Ohne Vorberatung in dem entsprechenden Fachausschuss sehe seine Fraktion sich heute außerstande, über den Punkt abzustimmen.

Bürgermeister Fiedler meinte, dass er sich über die Motivation des Stadtverordneten Conrads Gedanken gemacht habe. Es sei denkbar, dass er in der Kürze nicht mehr den grundsätzlichen Beschluss des Rates vom 30.06. in Erinnerung hatte. Eventuell habe das Problem für den Stadtverordneten Conrads auch einfach in der Beratungsfolge von Umwelt- und Bauausschuss und Haupt- und Finanzausschuss bestanden. Eventuell habe er erst das „ob“ abklären wollen und dann erst das „wie“. Er werde

dem Stadtverordneten jedenfalls in einem Gespräch die Gelegenheit geben, sich zu seinen Beweggründen zu äußern.

Stadtverordneter Schumacher stellte fest, dass die gestrige Sitzung sehr aufreibend gewesen sei. Der Stadtverordnete Conrads sei heute nicht anwesend und er wolle sich momentan kein Urteil erlauben oder als Anwalt des Stadtverordneten auftreten. Das gestrige Abstimmungsverhalten der CDU sei darauf zurückzuführen, dass die Fraktion das vorgeschlagene Paket aufgrund des angegebenen Kostenrahmens zurückweise. Die in der Einladung zur Umwelt- und Bauausschusssitzung vorgeschlagene Version sei eine abgespeckte Variante mit einem Kostenumfang von 125.000 € gewesen; die ursprüngliche Planung habe Kosten in Höhe von 275.000 € vorgesehen. In den Reihen der CDU habe man sich nun die Frage gestellt, ob es nicht noch eine kostengünstigere Lösung gebe. Vielleicht würden auch eine Theke, Glastüren in den Büros und eine Spielecke ausreichen. Zusätzliches Personal werde laut Aussage der Verwaltung nicht benötigt. Zudem dürfe der Aspekt der bürgerfreundlichen Öffnungszeiten nicht vergessen werden. Das bedeute für ihn Öffnungszeiten an „langen“ Donnerstagen oder auch samstags. Die CDU Fraktion stelle sich die Frage, wie weit die Kosten noch gesenkt werden könnten. Dies sei in der gestrigen Sitzung vielleicht nicht vollständig zum Ausdruck gekommen.

Stadtverordneter Mingers korrigierte, dass sicherlich die Frage des „wie“ vor dem „ob“ geklärt sein müsse, um überhaupt einen Kostenrahmen für entsprechende Maßnahmen festlegen zu können.

Stadtverordnete Frohn berichtete, dass die FDP Fraktion die Einrichtung eines Bürgerbüros immer befürwortet habe. Mittlerweile stelle sie sich jedoch die Frage, ob bauliche Änderungen überhaupt notwendig seien. Immerhin werde durch diese nicht mehr Platz geschaffen. Letztlich sei die Einrichtung eines Büros eine organisatorische Frage. Eine Theke und eine Spielecke lehne sie natürlich auch nicht ab. Es müsse jedoch beachtet werden, dass jedwede Veränderung des Bestandsschutzes kostenintensive Umbauten aufgrund von Brandschutzvorschriften nach sich ziehe. Die Haushaltslage ziehe schon jetzt viele Kürzungen der freiwilligen Leistungen nach sich. Daher müsse das Bürgerbüro mit möglichst geringen Mitteln eingerichtet werden.

Stadtverordneter Benden teilte mit, dass die Vorstellung seiner Fraktion ganz nah am Vorschlag der CDU oder auch der FDP sei. Die bisherigen Planungen seien ohne Frage alle hervorragend. Dennoch wollten auch die Grünen eine noch günstigere Version. Theke, Spielecke und Glastüren seien gute Ansätze. Stehen und Fallen würde eine derartige Einrichtung ohnehin mit dem Personal, das in diesem Fall natürlich noch weiter geschult werden müsse. In Bezug auf die Öffnungszeiten stimme er dem Stadtverordneten Schumacher ebenfalls zu. Ärgern würde ihn lediglich, dass trotz einhelliger Meinung über das Bürgerbüro der Punkt gestern von der Tagesordnung abgesetzt worden sei. Auch gestern wäre eine Diskussion sicher gut gelaufen. Nun müsse man diese konkreten Planungsschritte wieder in den nächsten Umwelt- und Bauausschuss verschieben.

Stadtverordneter Graf berichtete, dass die Freie Bürgerliste ebenfalls die Einrichtung eines Bürgerbüros unterstütze. Der Kostenrahmen sei jedoch bedenklich. Insbesondere vor dem Hintergrund der Absage des Schützenempfangs hätten Bürger wenig

Verständnis für ein Bürgerbüro in einer Größenordnung von 125.000 €. Man könne sich mit dem Vorschlag der CDU anfreunden. Die Verwaltung könne vielleicht abklären, welche Maßnahmen umgesetzt werden könnten, ohne dass brandschutzrechtliche Vorschriften in Kraft treten würden.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass brandschutzrechtliche Maßnahmen ergriffen werden müssten, sobald in der heutigen Wartehalle Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz hätten.

Stadtverordneter Hoffmann erwähnte, dass die SPD-Fraktion schon vor langer Zeit ein Bürgerbüro gefordert habe und die Idee nach wie vor unterstütze. Die Kosten seien bereits jetzt massiv gesenkt worden und vielleicht sind weitere Einsparungen möglich, so dass die Maßnahme weit unter 100.000 € koste. Dies sei ein Gedanke, den die SPD-Fraktion hege. Da die Verwaltung schon zahlreiche Vorbereitungen getroffen habe, solle schnell ein Ergebnis gefunden werden.

Stadtverordneter Sybertz schloss sich den Aussagen des Stadtverordneten Benden zur gestrigen Sitzung an und forderte das Bürgerbüro zum besseren Service für die Einwohnerinnen und Einwohner.

Stadtverordneter Eggert schlug vor, den Punkt erneut zur fachlichen Beratung in den Umwelt- und Bauausschuss zu verweisen. Vorab könne die Verwaltung eine noch kostengünstigere Alternative erarbeiten, die dem Ausschuss vorgestellt werde.

Bürgermeister Fiedler gab zwei Dinge zu Bedenken. Zum einen seien Brandschutzmaßnahmen kostenintensiv und bei baulichen Maßnahmen unumgänglich. Zum anderen müssten arbeitsmedizinische Aspekte in Bezug auf den Lichteinfall beachtet werden, wenn Personen ihren ständigen Arbeitsplatz im heutigen Warteraum hätten. Der gestrige Vorschlag zur Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses habe transparente Wände in den rechts liegenden Büros vorgesehen, um einen erhöhten Lichteinfall zu ermöglichen. Zur Umsetzung der Barrierefreiheit würden weitere Mittel aus einem entsprechenden Topf genommen. Nun sei die Frage, wie tief die Kosten seitens der Verwaltung abgesenkt werden sollten.

Stadtverordneter Jansen zählte auf, dass 10.000 € für die Theke und 20.000 € für die brandschutztechnischen Maßnahmen veranschlagt worden seien. Hinzu kämen dann z.B. sechs Glastüren à 2.000 € und eventuell noch einmal 8.000 € für Beleuchtung. Insgesamt läge man mit dieser Planung bei 50.000 €.

Stadtverordnete Tings schlug vor, die alte Situation vor dem Einbau der Trennwände wieder herzustellen und in diesen neuen Bereich die Theke und Spielecke zu integrieren.

Stadtverordneter Sybertz erwähnte, dass die Verwaltung in jedem Fall eine Stellungnahme in Bezug auf den Brandschutz einholen müsse. So müssten die Außentüren beispielsweise als Fluchttüren zukünftig nach außen aufschwingen. Eine preiswerte Lösung sei wünschenswert, wobei alle rechtlichen Anforderungen gleichzeitig erfüllt werden müssten.

Stadtverordneter Benden beantragte das Ende der Aussprache zum Tagesordnungspunkt und Abstimmung über den Punkt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss verwies den Tagesordnungspunkt in die Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses am 23.11.2010; der Ausschuss forderte darüber hinaus die Verwaltung auf, bis zu dieser Sitzung einen erheblich kostengünstigeren Vorschlag als den bisherigen von 125.000 € zur Umsetzung der Maßnahme zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	1

TOP 5 Verschiedenes

Es gab keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Sitzung endet um: 19:34

Vorsitzender

Schriftführer/in:

Bürgermeister Thomas
Fiedler

Tina Offermanns